

Der neue Unterricht in Einzelbildern

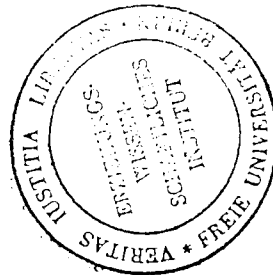
Eine Sammlung aus der Schulpraxis heraus
gewonnener und erlebter Unterrichtsstunden

Herausgegeben von

Dr. Hans Strohmeier Dr. Rudolf Münch
Oberstudienrektor

Dr. Willy Grabert
Studienrat

Mit zahlreichen Skizzen
und Zeichnungen



Verlag Georg Westermann
Braunschweig / Berlin / Hamburg

hätten; das hätten sie doch selber eingesehen, daß sie auch Wald brauchten.

Sch. Und soviel Holz brauchten sie doch gar nicht für sich.

Sch. Zum Roden durfte keiner die Allmende nehmen, denn die gehörte ja allen gemeinsam.

Sch. Aber wenn einer mehr Vieh als die anderen gehabt hätte, dann hätten die nicht erlaubt, daß er dies alles mit auf die Weide triebe.

Sch. Bei den Germanen hatten doch auch manche mehr Vieh, und sie haben sich nicht wegen der Allmende gezanckt.

L. Es ist sehr schwer zu entscheiden, ob solche Forderungen, wie die der Bauern, damals möglich oder unmöglich gewesen sind. Ich glaube, daß vieles von dem, was die Bauern wollten, ganz vernünftig und zum Besten des ganzen Volkes war. — Jetzt werde ich euch zum Schluß noch ein Gedicht von Börries von Münchhausen über den Bauernkrieg vorlesen.

Staatsbürgerkunde: Regierungsbildung

(behandelt in UII)

Von Studienrat Dr. Ulrich Haacke
in Berlin-Zehlendorf

Die Schüler haben zu Hause in der Staatsbürgerkunde¹ den Abschnitt „Regierungsbildung“ durchgearbeitet. Sie fragen zunächst nach einzelnen Stellen, die sie — rein inhaltlich — nicht verstanden haben. Dann wird in großen Zügen der Gang der Regierungsbildung, wie ihn das Buch schildert, skizziert; Beratung der Fraktionen über ihre Stellungnahme

¹ Dein Staat und Dein Volk von Haacke-Schneider, Leipzig 1929.

zur Regierungsbildung, Auseinandersetzungen zwischen rechtem und linkem Flügel in den einzelnen Fraktionen, der Reichspräsident beauftragt den Mann seiner Wahl mit der Regierungsbildung, dieser verhandelt mit den Parteien über die Richtlinien der neuen Regierung und über die Besetzung der Ministerien, Ernennung des Kanzlers, der Minister, Regierungserklärung, Aussprache im Reichstag darüber, Vertrauensantrag der Regierungsparteien. Dann ferner: für den Fall, daß der erste Versuch der Regierungsbildung scheitert, Verhandlungen eines zweiten vom Reichspräsidenten Beauftragten; Begriff der Minderheitsregierung. Aufgaben und Stellung eines Ministers, Begriffe: Regierung, regieren. Stellung der Regierung dem Reichstag gegenüber.

Nun hat die selbsttätige Arbeit der Klasse einzusetzen. Jeder Junge bringt vor, was ihm an Fragen, Bedenken, Vergleichen, Beispielen, weiterführenden Gedanken eingefallen ist.

Sch. Warum ist das Zentrum 1919 in eine Linkskoalition gegangen, 1927 in eine Rechtskoalition? Zahlenmäßig wären doch auch noch andere Regierungsbildungen möglich gewesen.

Sch. Der rechte Flügel des Zentrums war 1927 vermutlich einflußreicher als 1919.

Sch. Das Zentrum erhoffte sich von der Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien größere Vorteile.

Sch. Es steht ja in Kirchen- und Schulfragen der Rechten näher als der Linken.

L. Wahrscheinlich neigte auch die Stimmung unter den Zentrumswählern mehr nach rechts, und auf diese Stimmung muß jede Fraktion Rücksicht nehmen.

Nächste Frage: „Wenn nun einmal eine Partei in der absoluten Mehrheit wäre und allein die Regierung bildete, würde sie dann nicht im Staate machen,

was sie wollte?“ Folgende Gesichtspunkte werden vorgebracht: Der Fall ist in Deutschland höchst unwahrscheinlich. Verfassungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit. Jede Regierungspartei weiß, daß ihre Machtstellung nur vier Jahre dauert, und daß dann Neuwahlen kommen. In England hat tatsächlich lange Jahre der Zustand geherrscht, daß nur eine einzige Partei regierte, und es ist dabei ganz maßvoll zugegangen.

L. Was für eine Absicht verfolgen alle diese entwickelten Einrichtungen? Welches sind die Probleme, die die Verfassung hier zu lösen hat?

Sch. Es soll verhindert werden, daß die Regierung unumschränkte Gewalt hat, wie die Fürsten zur Zeit des Absolutismus.

Sch. Die Minister sollen bei ihren Handlungen auf den Volkswillen Rücksicht nehmen.

L. Wodurch wird das denn erreicht?

Sch. Die Regierung muß das Vertrauen des Reichstags haben.

Sch. Und der Reichstag ist vom Volke gewählt.

L. Was heißt das: sie muß das Vertrauen des Reichstags haben?

Sch. Der Reichskanzler oder irgendein Minister muß sein Amt niederlegen, wenn der Reichstag es verlangt.

L. Der Reichstag? Genauer.

Sch. Die Mehrheit des Reichstags.

Sch. Es wäre heute unmöglich, daß ein Minister gegen den Willen des Parlaments weiterregierte, wie es Bismarck in der Konfliktzeit tat.

Sch. Damals hat doch aber Bismarck das wahre Wohl des Volkes besser erkannt als der Landtag; da war es also gut, daß er nicht von ihm abhängig war.

L. Aber nicht jeder Staatsmann, der unumschränkt regieren möchte, ist ein Genie wie Bismarck.

Sch. Und auch Bismarck hat erkannt, daß auf die Dauer ein Mißtrauen zwischen Regierung und Volksvertretung schlimm ist; deswegen hat er das Indemnitätsgesetz eingebracht.

L. Bitte, weiter!

Sch. Wir sprachen davon, daß die Regierung vom Reichstag ernannt werden muß.

Sch. Nein, das stimmt nicht, der Reichstag ernennt nicht die Regierung.

Sch. Das tut der Reichspräsident.

Sch. Warum ist denn das so?

Sch. Wenn der Reichstag die Regierung ernennen würde, dann hätte er alle Macht im Staate in der Hand, und er hätte eigentlich dieselbe Stellung inne wie früher ein unumschränkter Fürst.

L. Genau dieselbe?

Sch. Natürlich nur für vier Jahre.

L. Man hat deshalb auch von der Gefahr des Parlamentsabsolutismus gesprochen.

Sch. Wir sind jetzt eigentlich mit der Regierungsbildung fertig.

L. Wirklich? Ich meine, da gibt es noch verschiedenes Wichtige zu überlegen. [Klasse schweigt.]

L. Denken Sie doch noch einmal darüber nach, in welcher Weise bei der Regierungsbildung die Macht zwischen Reichstag und Reichspräsident verteilt ist.

Sch. Der Reichspräsident sucht den Kanzler aus und ernennt ihn, der Reichstag kann ihn aber ablehnen.

L. Ist das alles?

Sch. Aber auch schon dadurch, daß vor der Ernennung der zukünftige Kanzler mit den Parteien über die Regierungserklärung und über die Verteilung der Ministerien verhandelt, hat der Reichstag viel Gelegenheit, Einfluß zu bekommen.

L. Gut, das ist von großer Wichtigkeit. Wo steht das denn übrigens in der Verfassung? [Klasse sucht im 3. Abschnitt der Verfassung (Reichspräsident und Reichsregierung).]

Sch. Von solchen Verhandlungen steht eigentlich nirgends etwas.

L. Also?

Sch. Dann braucht doch gar nicht mit den Parteien verhandelt zu werden.

L. Sondern?

Sch. Der Präsident könnte ein fertiges Ministerium bilden, das könnte dann vor den Reichstag treten, und der hätte dann nur darüber abzustimmen, ob er ihm sein Vertrauen schenken will oder nicht.

L. Das wäre jedenfalls nicht verfassungswidrig.

Sch. Warum wird das dann nicht so gemacht?

Sch. Der Präsident will nicht die ganze Arbeit der Regierungsbildung womöglich umsonst machen, er will schon im voraus sicher sein, daß ihm seine Regierung nicht abgelehnt wird.

L. Also Sie meinen, die Verhandlungen mit den Parteien sind unumgänglich nötig?

Sch. Nein; ich glaube nicht, daß der Reichstag so eine fertige Regierung ohne weiteres ablehnen würde, wenn sie ihm im großen und ganzen gefällt. Die Parteien wissen doch auch, wie schwer eine Regierungsbildung meistens ist, und sie können nicht einfach zu jeder Regierung sagen: Nein, die mögen wir nicht.

L. Warum nicht?

Sch. Da ist immer die Gefahr, daß dann bei der Wahl gesagt wird: Diese Partei kann nichts als Regierungen stürzen, sie soll doch mal etwas Positives leisten.

Sch. Wir haben vorherin auch von der Minderheitsregierung gesprochen, und daß sie nur ein schlechter Notbehelf ist, weil sie nie weiß, ob sie noch lange am

Ruder sein wird. Eine Partei wird es nicht gern haben, wenn von ihr gesagt wird: Ihr seid schuld daran, daß nur eine Minderheitsregierung zustande kommen konnte.

L. Also wie steht es mit der Verteilung der Macht zwischen Präsident und Reichstag bei der Regierungsbildung?

Sch. Der Reichstag braucht nicht immer einen gleich großen Einfluß dabei zu haben.

L. Wieso?

Sch. Sein Einfluß wird oft von der Art abhängen, wie der Reichspräsident dabei vorgeht.

Sch. Wenn der Präsident es geschickt macht, dann kann er ziemlich großen Einfluß haben. Wenn ein Mann Präsident ist, der allgemein großes Ansehen genießt, und der sehr eindrucksvoll die Parteien daran erinnert, daß sie an das Wohl des Staatsganzen denken sollen, dann wird der Reichstag eine von ihm gebildete Regierung nicht so leicht abweisen können.

Sch. Ich finde, es ist sehr gut, daß bei der Regierungsbildung jemand mitwirkt, der über den Parteien steht, und der den Parteiführern zuredet, daß doch eine Regierung zustande kommen muß, und daß sie über ihren Parteizielen nicht das Wohl des Staatsganzen vergessen dürfen.

L. Also wovon hängt es nun letztlich ab, wie die Macht zwischen Präsident und Reichstag verteilt ist?

Sch. Davon, was für ein Mann der Präsident ist.

L. Da sehen Sie, wie groß auch im politischen Leben der Gegenwart die Bedeutung der Persönlichkeit ist. Die Verfassung kann solche verwickelte Fragen nur im allgemeinen regeln, in welcher Weise nun der Rahmen, den sie gibt, ausgefüllt wird, das hängt von einzelnen Menschen ab. — Wovon waren wir denn aber eigentlich ausgegangen? Wir sprachen zuerst

von der Abhängigkeit der Regierung vom Volkswillen. Also abhängig soll sie sein? Anführer eines fremden Willens? Diese Abhängigkeit muß doch offenbar ihre Grenzen haben. Warum? Wenn Stresemann in Genf verhandelt, kann er nicht bei jeder Wendung Verhaltungsmaßregeln aus Berlin erbitten. Abschreckende Beispiele: der Regensburger Reichstag, der Frankfurter Bundestag. Dann: ein Politiker muß freudig, auf eigene Verantwortung handeln können. Sonst verliert er alle Lust zur Sache. Es werden sich keine starken Persönlichkeiten dazu hergeben, die Politik eines Landes zu leiten. Bestimmte Aufgaben erfordern Arbeit auf lange Sicht. Stresemann und Geßler haben mehrere Regierungen überdauert. Das lag im Wesen ihres Tätigkeitskreises. Ferner: wer praktisch mitarbeitet, wird die Dinge oft ganz anders beurteilen als der Außenstehende. Er wird die Bindungen der Tradition fühlen, den Druck der Verhältnisse, die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Der Abgeordnete sieht vieles anders als der Wähler, der Minister wieder anders als der Abgeordnete. Was heißt dann also: der Politiker braucht das Vertrauen des Volkes? Das Volk soll zu seiner Persönlichkeit Vertrauen haben, zu der allgemeinen Richtung seines Willens, muß ihm aber auch streckenweise auf Wegen folgen, die es nicht übersieht und begreift. Wieder ist damit ein kleines Stück „Erziehung zum Staatsbürger“ geleistet worden. Und zwar, was sehr wichtig ist, durch Überlegung und sachliche Erkenntnis, nicht durch moralisierende Predigt.

Ergebnis: Zwei einander scheinbar widersprechende Forderungen sollen durch die Art und Weise der Regierungsbildung erfüllt werden. Erstens soll der politische Führer sich nicht zum Diktator entwickeln dürfen, sondern soll so regieren, wie es das Volk von

ihm erwartet. Zweitens muß er aber Handlungsfreiheit haben und darf nicht gegängelt werden.

Ich möchte nun noch auf die Bedeutung des Reichskanzlers kommen. Ich weise zu dem Zweck auf den Satz der Reichsverfassung hin: „Jeder Minister leitet den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichskanzler“. Warum das so ist, verstehe jetzt jeder ohne weiteres. Wozu ist dann aber überhaupt der Reichskanzler da? Ist er nicht völlig überflüssig? Wir schlagen Art. 56 der R.-V. auf. „Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.“ Was sollen wir uns darunter vorstellen? Er gibt die allgemeinen Ziele für die nächsten Jahre, er legt den Kurs fest. Die Klasse sucht diese immer noch reichlich allgemeinen Begriffe durch Beispiele mit Anschauung zu erfüllen. Sie empfindet: Der Kanzler ist der Mann, der die Hand am Steuer des Reiches hat. Sie fühlt die Notwendigkeit, daß hier eine klare, zielbewußte Persönlichkeit stehen muß. Wie vollzieht sich aber nun die Zusammenarbeit zwischen Kanzler und Ministern im einzelnen? Der eine Minister darf nicht Dinge tun, die den Maßnahmen des anderen entgegenarbeiten. Beispiel! Der Außenminister kann nicht Verständigkeitspolitik treiben, wenn der Innenminister ganz einseitig alle auf Verständigung hinarbeitenden Organisationen unterdrückt. Oder: der Finanzminister darf nicht Steuern verlangen, die die Maßnahmen des Wirtschaftsministers wieder zunichte machen. Es muß also eine Stelle da sein, die ausgleicht. Daher die Kabinettsitzungen, die der Kanzler leitet. Die Jungen sind der Ansicht, daß dort nun über jede Meinungsverschiedenheit durch Stimmenmehrheit entschieden wird. Sie werden aber bald begreifen, daß das meistens mit der Verantwortung, die der einzelne Minister trägt, nicht vereinbar

ist. In bestimmten Fällen wird der Kanzler einem Minister aber doch schließlich einmal die Wahl stellen müssen: Entweder du fügst dich in die vereinbarten gemeinsamen Richtlinien der Regierung, oder ich schlage dem Reichspräsidenten einen Wechsel in diesem Ministerium vor. Und wenn der Präsident nicht will? Man erlebt da merkwürdige Antworten: „Dann klagt ihn der Reichskanzler an.“ Es ist wichtig, daß die Jungen gerade für solche problematischen Situationen die verfassungsmäßigen Möglichkeiten kennenlernen. Dadurch bekommen die an sich so trockenen und langweiligen Paragraphen für sie Leben und Bedeutung.

Was ist nun also bei unseren Überlegungen über Regierungsbildung herausgekommen? Die Jungen kennen zunächst den Vorgang selbst und begreifen die Bedeutung seiner einzelnen Stufen. Die nächste Regierungsbildung, die sie miterleben, werden sie mit viel größerer Anteilnahme und größerem Verständnis als bisher verfolgen. Und schon das ist staatsbürgerlich ein Gewinn. Sie haben ferner einen Blick auf die großen Probleme getan, die bei der Bestellung der politischen Führer jedes Volk und jede Zeit zu lösen hat. Sie sehen die unendliche Schwierigkeit einer vollkommenen Lösung und werden in ihrer Kritik vorsichtiger und sachlicher sein. Sie haben schließlich eine Ahnung davon bekommen, was im politischen Leben die Persönlichkeit bedeutet. Das alles sind natürlich zum großen Teil keine klar formulierten, abfragbaren Kenntnisse. Es sind Ahnungen, Anstöße, die in den Jungen weiterarbeiten und sich später, so es das Schicksal jedes einzelnen will, zu reifer Gesinnung und reifem Tun entfalten sollen.